

Ausgabe Februar 2011

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

DKP fordert Maßnahmen gegen Haushaltsnotlage der Kommunen:

Sturz in den Abgrund verhindern

Mitte Februar soll der Haushaltsplan für 2011 beschlossen werden. Aber schon in der Dezember-Sitzung wurden die Weichen dafür gestellt. Die Püttlinger Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und ihrem schwarz-grünen Nachläufer beugte sich dem Druck der Landesregierung und beschloss den ersten Teil eines so genannten „Haushaltssanierungsplanes“. Die DKP machte schwerwiegende Bedenken geltend, weil dadurch der folgenschwere Sturz in den kommunalen Abgrund nicht verhindert werden kann.

Mit Sparen ist es nicht mehr getan, wie die DKP in der Sitzung des Hauptausschusses am 19.1.2011 mit Nachdruck feststellte: In den letzten drei Jahrzehnten wurden immer wieder neue Abstriche an den kommunalen Leistungen gemacht, Lasten sind auf die Bürger abgewälzt worden, doch trotz dreier Sanierungskonzepte ist die Finanzlage heute dramatischer denn je (Mehr dazu bitte auf Seiten 4/ 5 nachlesen). **Schon jetzt ist sicher, dass auch ein viertes Sanierungsprogramm zum Scheitern verurteilt ist.** Und das ganz einfach deswegen, weil zwar „auf Teufel komm raus“ gespart werden soll, aber mehr Einnahmen kaum in Sicht sind.

Obschon die DKP das neuerliche Spardiktat ablehnte und folgerichtig auch den Haushaltset für 2011 nicht akzeptieren kann, bleibt es nicht nur beim bloßen Nein-sagen. Wir sind nämlich

der Meinung, dass sich die Kommunen gegen das Spardiktat der Regierung zur Wehr setzen müssen. Deshalb wurde von uns eine entsprechende Protestresolution (auf Seite 2 dokumentiert!) vorgeschlagen.

Leider haben im Hauptausschuss nur SPD, Linke und DKP für diese Resolution gestimmt. Die Jamaika-Koalition in unserer Stadt wollte davon nichts wissen. Ob sich dies in der Ratssitzung ändern wird, ist kaum anzunehmen.

DKP bleibt vom Freudentaumel über AKK-Berufung unbeirrt:

Kein Anlass zu großen Erwartungen

Die Püttlinger CDU-Politikerin Annegret Kramp-Karrenbauer (kurz: AKK) soll Nachfolgerin von Peter Müller werden. Als diese Nachricht verbreitet wurde, sind viele Mitglieder und Anhänger der Union von überschweng-



Das Werbeschild am Ortseingang von Püttlingen muss wohl geändert werden, denn schwere Zeiten kommen auf unsere Stadt zu. Vor allem die von Bund und Land sanktionierte Schuldenbremse wirkt sich verheerend aus. Den Kopf dafür hinhalten muss die Masse unserer Bürger. Lesen Sie dazu einige Beiträge im Innern dieser Ausgabe.

lichen Gefühlen erfasst worden: Eine Ministerpräsidentin und Landespartei-vorsitzende aus Püttlingen, das ist doch schließlich was. Bürgermeister Speicher meinte, dass unsere Stadt dadurch noch bekannter werde.

Die DKP-Fraktion ließ sich von der euphorischen Stimmung nicht anstecken. Nüchtern stellte Franz Hertel während eines Mini-Beitrages im Regionalfernsehen fest, dass von Annegret Kramp-Karrenbauer als Ministerpräsidentin keine Wunder zu erwarten sind: Es stimmt zwar, dass sie eine umgängliche Person ist, die auf die Menschen zugeht, freundliche Worte findet und den Kontakt zur Basis pflegt. Aber darauf alleine kommt es nicht an. Entscheidend ist, welche Politik umgesetzt wird. Dabei hat sich Frau Kramp-Karrenbauer als „Hardlinerin“ einen Namen gemacht. Es ist zu erwarten, dass sie auch als künftige Ministerpräsidentin den rigorosen Sparkurs der Jamaika-Regierung weiterführen wird.



Foto: SR-Regionalfernsehen MAGs, 27. Januar 2011, 20.15 Uhr

Manche Leute machen so, als käme jetzt die Erlösung:

Welche Erwartungen sind denn real?

Schon seit längerem kann sich Frau Annegret Kramp-Karrenbauer über ein wachsendes Interesse in der Öffentlichkeit freuen. Die Medien sind voll von Berichten über die „Superfrau“ aus Püttlingen, die sogar zur „beliebtesten Politikerin“ im Lande aufgestiegen ist.

Dass sich die AKK, wie sie kurzerhand von der Presse bezeichnet wird, in verschiedenen Ministerien des Landes zurechtgefunden und auch die Karriere in der Partei bis hinauf in das CDU-Bundespräsidium geschafft hat, lässt die Medien in höchste Jubeltöne ausbrechen. Bei all dieser Bewunderung überrascht es kaum noch, dass jetzt die Nominierung von Annegret Kramp-Karrenbauer zur künftigen Ministerpräsidentin und zugleich als Landesvorsitzende der CDU im Saarland mitgeteilt worden ist. Klarer Kopf ist dennoch wichtig.

Natürlich sind ihre Parteifreunde in Püttlingen fast aus dem Häuschen, weil eine der ihren das höchste Amt im Saarland übernehmen soll und Püttlingen nun „noch bekannter“ wird. Dennoch sollten die Unionisten unserer Stadt auf dem Teppich bleiben.

Niemand kann bestreiten, dass Annegret Kramp-Karrenbauer eine Frau ist, die sich volkstümlich gibt, um Kontakte zur Basis bemüht ist und auch einen vernünftigen Umgang mit der DKP im Stadtrat pflegt. Aber „s Annegret“ ist trotzdem keine Glücksgöttin, so quasi

eine Fortuna, die künftig ihr Füllhorn über unserer Stadt ausschüttet. Auch Frau Kramp-Karrenbauer kocht nur mit Wasser, sie wird Püttlingen kaum aus der Patsche helfen können. Und das hat seine Gründe.

Die ehrgeizige Politikerin Kramp-Karrenbauer ist ein Ziehkind von Peter Müller und hat von Anfang an dessen Politik kritiklos unterstützt. Seit dem Jahr 2000 gehört sie zur saarländischen Regierungsmannschaft und hat auf allen Posten rigoros die vorgegebene Linie durchgezogen. Zur Erinnerung:

Im Frühjahr 2002 wurde der in Siersburg lebende 20-jährige Kurde Hüseysin Yalcin quasi über Nacht außer Landes verfrachtet. Obwohl seine Familie schon seit sechs Jahren im Saarland lebte, seine älteste Schwester todkrank und sein Vater weg war, kannte Innenministerin Kramp-Karrenbauer keine Gnade. Sie lehnte alle Forderungen von Nachbarn, Pfarrern und Persönlichkeiten ab, die bisherige Duldung weiter fortzusetzen. Ähnlich lief es ein halbes Jahr später, als die Familie C. Ötzell mit ihren vier Kindern im Morgengrauen aus den Betten geholt und in eine ungewisse Zukunft abgeschoben wurde. Da blieb die Menschlichkeit auf der Strecke.

Als Sozialministerin war die AKK im letzten Jahr besonders aufgefallen, als sie ausgerechnet bei Behinderten, Arbeitslosen und Familien hart gespart hat. Das lässt Schlimmeres ahnen.

Erst jüngst hat „s Annegret“ im Püttlinger Stadtrat erklärt, dass es zur gegenwärtigen Sparpolitik der Landesregierung keine Alternative gebe. Allein das macht schon deutlich, dass wir von einer Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer keine Verbesserungen zu erwarten haben. Sie hat die Finanznot der saarländischen Städte und Gemeinden mit zu verantworten und erwartet nun, dass die Kommunen auf „liebgewonnene Standards“ verzichten, alles auf den Prüfstand stellen und noch rücksichtsloser den Rotstift ansetzen. Hoffnungsvolle Erwartungen sind damit kaum zu verbinden.



Resolution des Stadtrates

Nachfolgend der leicht gekürzte Text einer Resolution an die saarländische Landesregierung, welche im Hauptausschuss von SPD, Linke und DKP unterstützt, jedoch von der Jamaika-Mehrheit abgelehnt wurde:

Mit großer Sorge hat der Stadtrat von Püttlingen zu Kenntnis genommen, dass auch die saarländischen Kommunen der „Schuldenbremse“ unterworfen werden und jährliche Einsparungen von bis zu 185 Millionen Euro vornehmen sollen. Für viele Städte und Gemeinden bedeutet das, wichtige kommunale Aufgaben nicht mehr wahrnehmen zu können. Auch Püttlingen wird davon in unverantwortlicher Weise betroffen, indem unsere Stadt einem Spardiktat unterworfen wird. Dagegen erheben wir nachdrücklichen Protest.

Wachsende Schulden lassen schon jetzt keinen Spielraum mehr zur ordnungsgemäßen Erfüllung von Aufgaben der Daseinsfürsorge für die Bürger. Auch Püttlingen leidet, ebenso wie die meisten Gemeinden, an einem strukturellen Defizit, welches selbst bei rigoroser Streichung aller freiwilligen Ausgaben immer noch beängstigende Ausmaße behält.

Leider sieht es so aus, dass bei Fortsetzung dieser Rotstiftpolitik die kommunale Selbstverwaltung immer stärker in Frage gestellt und die Stadt schrittweise zum Verwalter des Notstandes degradiert wird. Wir wollen und können diesen Weg nicht mitgehen. Deshalb erinnern wir daran, dass sich die Städte und Gemeinden nicht mit eigener Kraft aus der alarmierenden Finanznot befreien können. Nur Hilfe von außen kann auf lange Sicht zu Verbesserungen führen.

Wir fordern die Landesregierung auf, stärker über Maßnahmen zur finanziellen Gesundung der Kommunen nachzudenken, vor allem dürfen nicht weiterhin Teile der den Kommunen zustehenden Mittel aus dem Finanzausgleich vorenthalten werden. Wir empfehlen auch der Landesregierung darüber nachzudenken, ob es nicht an der Zeit ist, im Bundesrat eine Initiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu ergreifen. Mehreinnahmen aus dieser Steuer würden es dem Land gestatten, die Kommunen stärker zu unterstützen.

Nur zwei Möglichkeiten

Angesichts der hohen Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen gibt es grundsätzlich nur zwei Möglichkeiten: Ausgaben senken oder Einnahmen erhöhen. Ausgaben senken heißt nach bisheriger Praxis: Die Armen sollen sparen. Einnahmen erhöhen müsste bedeuten: Die Reichen sollen zahlen.

Es gibt wohl keine Illusionen, wofür sich die Aufsteigerin Kramp-Karrenbauer entscheiden wird.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtkommune d. DKP in Püttlingen - Verantwortl. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Frau Kramp-Karrenbauer ist stur auf Hardliner-Kurs:

Aber dennoch, es gibt Alternativen!

Von Franz Hertel, Vorsitzender der DKP-Fraktion im Stadtrat

Als am 15. Dezember über den Haushaltssanierungsplan debattiert wurde, fühlte sich auch das Stadtratsmitglied Annegret Kramp-Karrenbauer bemüßigt, für das Spardiktat der Jamaika-Koalition eine Lanze zu brechen. Nach Meinung der Ministerin gibt es zum eingeschlagenen Kurs „keine Alternative“. Also gelte es, auf viele bisher geltende Standards zu verzichten und rigorose Abstriche zu machen, zu Lasten der Bürger, versteht sich.

So etwas konnte nur jemand behaupten, der sich gegen alle praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse abschottet und auf Geheiß und Verderb mit dem kapitalistischen System verbunden ist. Solche Positionen vertreten nur Leute, welche die eigene Karriere mit der strikten Verteidigung des neoliberalen Systems verbinden und ihren weiteren Aufstieg vorantreiben wollen. Inzwischen wissen wir, dass Annegret Kramp-Karrenbauer die Nachfolge von MP Peter Müller antreten soll. Umso aktueller ist dieser Beitrag, der schon vor der Kür von AKK geschrieben wurde.

Unbestreitbar ist, dass wir in einer Zeit weltweiter Veränderungen leben. Noch nie haben Wirtschaft und Wissenschaft so große Möglichkeiten der Entwicklung gehabt, wie gerade in unseren Tagen. Dennoch ist festzustellen, dass die gewachsene Arbeitsproduktivität und der wissenschaftlich-technische Fortschritt nur bestimmten Schichten die großen Vorteile bringt.

Zwei Seiten einer Medaille: Reichtum und Armut

Die Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten, erzielen immer größere Profite, der Abstand zwischen Arm und Reich wächst von Jahr zu Jahr. Mehr als zwei Milliarden Menschen sind heute von jeglicher wirtschaftlicher Entwicklung ausgeschlossen und einem Hungerdasein ausgeliefert. Krieg und Umweltzerstörung, Massenelend und Unterdrückung in großen Teilen der Welt, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in den Industrieländern sind die Wirklichkeit der kapitalistischen Ordnung.

Noch stehen wir auch in Deutschland unter den Auswirkungen einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, wo die Banken und Spekulanten Milliarden in den Sand gesetzt haben. Während sich die Bundesregierung nicht scheute, binnen weniger Tage eine Staatshilfe von 500 Milliarden Euro für die Rettung der Banken aufzubieten, versagt die Schwarz-Gelbe Koalition, wenn es z.B. um das Gesundheitssystem, um Renten oder andere soziale Fragen geht.

Abbau der Sozialsysteme, Preistreibe-
rei, Leiharbeit und Niedriglohn, wach-
sende Armut (wo vor allem Kinder

betroffen sind), Hartz IV und Rente mit 67 sind Begriffe, die für eine Ordnung stehen, welche von immer mehr Menschen als ungerecht empfunden wird. Es wächst die Erkenntnis, dass der Kapitalismus an seine Grenzen stößt und nicht in der Lage ist, die wachsenden Probleme im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich zu lösen.

Bei vielen Demonstrationen und öffentlichen Aktionen bringen die Teilnehmer ihren Protest gegen Sozialabbau, gegen die Gefährdung von Frieden und Umwelt zum Ausdruck, sie bekunden zugleich ihre Unterstützung für eine politische Wende, für eine gerechtere Politik im Interesse der Mehrheit unseres Volkes. Langfristig geht es um eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Chancen bekommen und die Produzenten aller Werte auch den Nutzen davon haben. Nach meiner Auffassung kann der Sozialismus die gesellschaftliche Alternative sein.

Das Mindeste ist doch eine Politik des Überlebens

Ich kann verstehen, wenn Annegret Kramp-Karrenbauer meine Argumente nicht teilt und weiter an die Unfehlbarkeit des kapitalistischen Systems glaubt. Es geht ihr dabei ja ganz gut. Dennoch muss man sich fragen, warum die Ministerin blind ist gegenüber Vorschlägen, die zur finanziellen Stärkung des Landes und der Kommunen beitragen könnten, ohne das jetzige Gesellschaftssystem grundsätzlich in Frage zu stellen.

Die Gewerkschaft ver.di hat eine Reihe von Anregungen vermittelt, welche den



Städten und Gemeinden einige Verbesserungen bringen können: Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer; Wiedereinführung der Vermögenssteuer; Erhöhung der Erbschaftsteuer bei großen Vermögen; Einsatz von mehr Steuerbeamten, um Steuerbetrug und Steuerflucht einzudämmen. Erst jüngst wurde bekannt, dass über 340 Saarländer im Verdacht stehen, Steuerbetrug in Millionenhöhe begangen zu haben.

Auch die Arbeitskammer hat sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die den Bundesländern zusteht, ausgesprochen. Jährliche Mehreinnahmen von 20 Milliarden Euro würde die Vermögenssteuer bundesweit bringen. Auch das Saarland könnte davon profitieren. Immerhin sind im letzten Jahr der Erhebung dieser Steuer (1996) 32,9 Millionen Euro in die Landeskasse gespült worden.

Es bestehen also Möglichkeiten, die Finanzeinnahmen zu erhöhen. Das ist auch das Mindeste, was passieren muss, wenn unser Land selbständig überleben will und die Kommunen nicht völlig den Bach hinuntergehen sollen. Allerdings müsste die Landesregierung endlich aktiv werden und im Bundesrat entsprechende Initiativen ergreifen. Das gilt vor allem für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Warum soll ausgerechnet in Deutschland eine solche Steuer nicht möglich sein, obschon sie in vielen europäischen Ländern und selbst in den USA praktiziert wird? Viele Millionen Euro könnten dadurch für das Land und letztlich auch für die Kommunen locker gemacht werden.

Nach wie vor ist richtig:

**Wer den Reichen nichts nimmt,
kann den Armen nichts geben.**

Über drei Jahrzehnte gibt es schon Abstriche an Leistungen für die Bürger:

Der letzte Rest soll jetzt dem Rotstift weichen

Akute Finanznot, Sparen im Haushaltsplan, Streichung von bisherigen Leistungen, weitere Belastungen für die Bürger – das ist nichts Neues in Püttlingen. Wir haben in den Annalen der Stadt nachgelesen, was da in den letzten 30 Jahren schon alles passiert ist. Beispiele seien hier genannt:

Herbst 1980. Die Landesregierung reduziert Mittel für die Kommunen, was auch negative Folgen für Püttlingen hat. Der DKP-Antrag, eine Resolution des Stadtrates gegen die Kürzung der kommunalen Verbundmasse zu beschließen, wird abgelehnt.

Maulhalten, stillhalten und hinnehmen der staatlichen Willkür ist Devise der CDU-Mehrheit. Stattdessen werden die Preise für Wasser u. Gas erhöht, die Kanalbenutzungs- sowie die Abwasserreinigungsgebühren angehoben.

Dezember 1981. Es geht um den Haushaltsplan für 1982. Dabei ist bekannt, dass die Landesregierung erneut den Verbundsatz für den kommunalen Finanzausgleich kürzt. Folge: Ausfall an kommunaler Finanzausstattung in Höhe von 30 Mio. DM, was auch Konsequenzen für die Stadt Püttlingen hat.

Doch die Mehrheit fügt sich und beschließt: Kürzung der „freiwilligen Leistungen“ an die sport- u. kulturtreibenden Vereine sowie Kürzung der Mittel für Schulen, Kindergärten, Jugendhilfe und Sportanlagen. Gleichzeitig werden die Hundesteuer, die Friedhofs- und Verwaltungsgebühren u. Mieten für stadteigene Wohnungen erhöht. In der gleichen Sitzung wird beschlossen, die Stadtbücherei aufzulösen.

Dezember 1982. In der Stadtratssitzung geht es um „Maßnahmen zu

Ausgabeesparungen für die kommenden Haushaltsjahre“, wobei vor allem Abstriche bei den Personalkosten beschlossen werden. Wie prekär die städtische Finanzlage ist, wird z.B. daran sichtbar, dass mit der Beschlussfassung des Haushaltes für 1983 zugleich eine Verfügungssperre für 32 Positionen angeordnet wird. Die darin vorgesehenen Mittel dürfen erst nach dem Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung beansprucht werden.

In der gleichen Sitzung wird die Erhöhung der Elternbeiträge für die Musikschule und die Übertragung der Flutlichtanlagen auf den Sportplätzen an die Vereine beschlossen, was mit entsprechender Übernahme von Kosten verbunden ist. Obwohl der Stadtrat spürbar den Rotstift angesetzt hat, beanstandet die Kom-

Erster Versuch mit einem untauglichen Rezept

März 1987. Im Mittelpunkt der Ratsitzung steht die Beratung des Doppelhaushaltes 1987/88. Es lässt sich bereits absehen, dass ein Defizit von 7,3 Millionen DM bis Ende 1988 auflaufen wird, mit der Tendenz nach oben. Die Aufsichtsbehörde drängt darauf, die Notbremse zu ziehen, ein Sanierungskonzept muss vorgelegt werden.

Dieses Konzept hat es in sich: Einsparungen beim Personal durch Verschiebung der Wiederbesetzung freierwerdender Stellen und der Termine für Beförderungen, Einsparung von Stellen. Hinzu kommen Erhöhungen der Realsteuern, der Gebühren für Kanalbenutzung, Abwasserreinigung, Friedhof, Musikschule, Kindergärten, der Pacht- und Verwaltungsgebühren. Zugleich beschließt der Stadtrat, dass das Freibad nicht mehr eröffnet wird.

Frühjahr 1989. Als über den 1. Nachtragshaushalt für 1989/90 diskutiert wird, sind als Folge der Konjunktorentwicklung gewisse Fortschritte feststellbar. Der Kämmerer verzeichnet Mehreinnahmen, auch durch gestiegene

munaufsicht den Etat und fordert zu Nachbesserungen auf.

Dezember 1983. Bei der Haushaltsberatung für das nächste Jahr stellt der Kämmerer in seinem Vorbericht fest, dass „die Sparbeschlüsse der Bundesregierung und andere Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur“ die Gemeinden benachteiligen und ursächlich für den Rückgang der Einnahmen sind. Der Fehlbedarf des Verwaltungshaushaltes liegt bei 2,2 Millionen DM.

Auch 1984 heißt es deshalb: Kürzer treten, Opfer bringen, Notwendiges zurückstellen oder ganz darauf verzichten.

Dezember 1984. Bei den Etatberatungen für 1985 gelingt es erneut nicht, die Finanzlage der Stadt nachhaltig zu verbessern. Die Verschuldungspolitik wird fortgeführt, die Kredite steigen bis Ende 1985 auf rund 31 Millionen DM.

1986 müssen alleine 2,2 Millionen DM für Zinszahlungen aufgebracht werden. Auch Gebühren und Tarife belasten die Bürger immer stärker.

Schlüsselzuweisungen. Dennoch kann es keine Entwarnung geben, die DKP sieht keinen Anlass, ihre kritische Position gegenüber der Haushaltspolitik in Püttlingen aufzugeben.

März 1991. Bei der Haushaltsberatung für den Etat 1991/92 sind weitere Verbesserungen erkennbar. Der Verwaltungshaushalt ist ausgeglichen, Defizite der Vorjahre sind abgedeckt, die Ertragslage erholt sich. Doch die DKP warnt vor Euphorie, weil Püttlingen unter keiner Käseglocke steckt und niemand vorhersehen kann, wie sich die Politik auf Bundes- und Landesebene künftig entwickeln wird.

Dezember 1992. Schon bei der Beratung des Doppelhaushaltes 1993/94 zeigt sich, wie die von außen wirkenden Faktoren die Stadtfinanzen beeinflussen. Einbrüche in der konjunkturellen Entwicklung und Aufgabenverlagerungen des Landes auf die kommunale Ebene wirken sich negativ aus. Überproportionale Steigerungen im Bereich der Sozialhilfe führen zu stärkeren Belastungen, vor allem die Stadtverbandsumlage wird zum erdrückenden Blei-

Der Pleitegeier ist zum Hausvogel der CDU geworden



klotz. Die Lage ist wieder so ernst, dass schon bei der Beschlussfassung des Haushaltes eine Ausgabensperre für 24 Positionen erlassen wird, wodurch rd. 2 Mio. DM auf Eis gelegt werden.

Zweite Auflage eines fraglichen Vorhabens

Juni 1995. Die Lage bei den kommunalen Finanzen hat sich weiter zuspitzt, so dass der Erlass eines Haushaltssicherungskonzeptes auf der Tagesordnung des Stadtrates steht. Zuvor hatte der Innenminister den Püttlinger Haushalt als nicht genehmigungsfähig zurückgewiesen und das Sicherungskonzept eingefordert. Zudem wurde durch den MdI mitgeteilt, dass pauschale Investitionszuweisungen für 1995 nur gewährt werden, wenn Ausbaubeiträge für Gehwege und Straßen eingeführt werden.

Nach solcher Art von Erpressung beugt sich die Ratsmehrheit und beschließt einen Katalog von Grausamkeiten, das Haushaltssicherungskonzept mit seinen 32 Einzelpositionen wird im Stadtrat durchgepaukt.

April 2000. Bei der Haushaltsberatung für die Jahre 2000/2001 ist festzustellen, dass die Stadt schon im siebten Jahr in Folge nicht mehr in der Lage ist, ihren Haushalt auszugleichen. Bis zum Jahresende 2000 wird mit einem aufgelaufenen Defizit von 31,5 Millionen DM gerechnet. Alle Versuche zur Reduzierung des Defizits sind zum Scheitern verurteilt, wie der Kämmerer zerknirscht eingestehen muss. Allein die Zinsbelastungen für Darlehen und Kassenkredite steigen innerhalb einem Jahr

Dritter Anlauf zur Konsolidierung ein Fehlschlag

Frühjahr 2002. Die Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer lässt die Kommunen wissen, dass eine umfangreiche Entschuldung aus Landes- und Bundesmitteln „realistischerweise nicht erwartet werden kann“. Die Städte und Gemeinden müssen gefälligst weiter sparen, Püttlingen soll erneut ein Konsolidierungskonzept vorlegen.

Diesmal stehen 50 Haushaltspositionen zur Überprüfung an, für rd. die Hälfte davon ergeben sich finanzielle Konsequenzen: z.B. Reduzierung der Zahl der Stadtrats-Ausschüsse, der Ausgaben für Jubilargeschenke, Zuschüsse für Jugendhilfe und so weiter. Nichts ist mehr heilig.



Franz Hertel unterstützt ver.di-Aktion gegen kommunale Finanznot in Völklingen

auf 2,5 Millionen Mark, die für soziale Aufgaben fehlen.

So kommt es im Mai 2000 nicht von ungefähr, dass die Stadtwerke Püttlingen an die Energis GmbH verkauft werden. Der Bürgermeister und seine CDU-Parteifreunde versprechen sich davon einen „Befreiungsschlag“, um aus dem Schuldenturm herauszukommen. Nur die DKP sieht das anders, sie warnt vor der Verschleuderung öffentlichen Eigentums, findet aber kein Gehör.

Oktober 2000. Bei der Beratung des 1. Nachtragshaushaltes stellt sich heraus, dass der Etat erstmals wieder ausgeglichen ist, aber eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

Für 2001 wird bereits mit einem jahresbezogenen Defizit von 4,4 Mio. gerechnet, der aufgelaufene Fehlbetrag klettert auf 17 Mio. DM, doch jetzt gibt es keine Stadtwerke mehr, die man verkaufen könnte.

Folgejahre bis 2010. Eigentlich muss man über die nachfolgenden Jahre nicht mehr reden: Von Jahr zu Jahr verweist der Kämmerer auf die „verheerende Lage“ und vermutet ahnungsvoll, dass es noch schlimmer wird. So ist es.

Im Etat für 2004 steigt das Defizit auf die Rekordhöhe von über 20 Mio. Euro, das sind umgerechnet 40 Mio. DM gegenüber 31 Millionen Mark vor dem Verkauf der Stadtwerke, also mehr als wir jemals hatten.

Obwohl die Kommunen sozusagen am Krückstock gehen, lässt die Landesregierung wissen, dass sie 2007 rund 21 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich einbehalten will. Auch

in 2008 werden den Kommunen 47 Millionen Euro vorenthalten, kein Wunder, dass die Städte und Gemeinden bei solcher Plünderung langsam aber sicher auf der Strecke bleiben.

Erneut wird die Sanierungs-Keule geschwungen

Diesmal ist es die viel umstrittene „Schuldenbremse“, mit der unsere Stadt in die Knie gezwungen werden soll. Auf Erlass des Innenministers sollen alle Haushaltsstellen darauf hin durchforstet werden, wo noch etwas zu holen ist. Dabei sind doch in den letzten drei Jahrzehnten die Möglichkeiten zur Reduzierung kommunaler Leistungen weitgehend ausgereizt worden: Schließung Freibad, Privatisierung Reinigung, Privatisierung Musikschule, Verzicht auf eigenes Forstpersonal, Personaleinsparungen im Bauhof, Schließung städtischer Schreinerei, Malerei und Bücherei und und und.

Nun geht es also um den Rest, ums Eingemachte: Weitere Personaleinsparungen, Verzicht auf eine hauptamtliche Frauenbeauftragte, Kürzungen im Kulturbereich, bei der Feuerwehr und beim Stadtrat. Und dazu noch höhere Kindergartenbeiträge, Friedhofsgebühren usw. Alles nach dem Motto: Die Letzten beißen die Hunde.

Wir halten diesen Weg für inakzeptabel. Was jetzt noch weggestrichen wird, macht unser Gemeinwesen langsam aber sicher ganz kaputt. Damit muss Schluss sein!

DKP wendet sich gegen Sparen am falschen Platz:

Hauptamtliche Frauenbeauftragte darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen

Das im Dezember beschlossene Haushaltsanierungskonzept sieht auch den Wegfall der hauptamtlichen Frauenbeauftragten in Püttlingen vor. Dagegen hat nicht nur Frau Anette Schneider, die derzeit dieses Amt begleitet, ernsthafte Bedenken angemeldet. Auch die in Merzig ansässige „Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Kommunale Frauenbeauftragte des Saarlandes“ hat in einem Schreiben an die Fraktionen appelliert, über den 1.12.2011 hinaus an der Frauenbeauftragten in der bisherigen Form festzuhalten.

In ihrem Brief vertritt die LAG den Standpunkt: „Gerade in der heutigen Zeit ist die Kommunale Frauenbeauftragte eine wichtige Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger“. Dem kann die DKP-Fraktion nur zustimmen, wie es in einem Antwortschreiben heißt:

„Wir werden auch künftig dafür eintreten, dass die Frauenbeauftragte als hauptamtliche Stelle in unserer Stadt erhalten bleibt.“ Eine knappe Unterschreitung der 20.000-Einwohnergrenze ist für die DKP-Fraktion noch lange kein Argument, eine für die Bürger unserer Stadt im allgemeinen, für die Frauen aber im besonderen so wichtige Stelle zu liquidieren“.

Es geht um Grundsätzliches

An dieser Stelle seien noch einige Anmerkungen erlaubt:

Bei der Stelle eine Frauenbeauftragten geht es nicht nur um das Problem der Finanzierbarkeit, hier handelt es sich vor allem auch um eine grundsätzliche politische Frage! Und darüber hat es in Püttlingen schon vor vielen Jahren Streit gegeben.

Es sei erinnert an die Stadtratssitzung vom Februar 1988, als erstmals ein Beschluss über eine „Kommunale Stelle für Frauenfragen“ gefasst wurde. Schon damals hatten wir beantragt, die Stelle hauptamtlich zu besetzen. Aber leider stimmten nur DKP und SPD für diesen Antrag, während die CDU vehement dagegen war. So kam es, dass lediglich eine ehrenamtliche Beauftragte gewählt wurde, die eine gewisse Aufwandsentschädigung bekommen sollte. Dieser Beschluss hatte jedoch keinen Bestand, weil die Aufsichtsbehörde dagegen Einspruch erhob, was dazu führte, dass die Stelle ab Juni 1988 in eine offizielle Teilzeitbeschäftigung umgewandelt wurde.

Acht Jahre später stand des Thema Frauenbeauftragte erneut zur Diskus-

sion. Weil die bis dahin tätige Frauenbeauftragte ihre Teilzeitbeschäftigung aufgab, wollte die CDU-Mehrheit den freiwerdenden Posten ganz aus dem Stellenplan streichen. Dem widersprachen wir nachdrücklich und stellten erneut die Hauptamtlichkeit einer Frauenbeauftragten zur Diskussion. Und wieder einmal wollte die CDU davon nichts wissen. Das Thema wurde verschoben, bis dann (weil das Landesgleichstellungsgesetz es ab Januar 1998 zwingend vorschrieb!) im April 1998 eine hauptamtliche Frauenbeauftragte gewählt wurde.

Man konnte sich bisher nicht des Eindrucks erwehren, dass die Mehrheitsfraktion die hauptamtliche Frauenbeauftragte immer nur als ein „notwendiges Übel“ akzeptierte. Umso weniger überrascht es jetzt, dass Überlegungen angestellt werden, diese hauptamtliche Stelle bedenkenlos zu opfern.

Die DKP-Fraktion wird um die Erhaltung dieser Stelle kämpfen, denn die Aufgaben einer Kommunalen Frauen-

8. März 2011:

Internationaler Frauentag wird seit 100 Jahren begangen

Ein Jahrhundert ist es nun her, dass am 8. März die Interessen der Frauen im Mittelpunkt stehen. Es ist der Kampftag für echte Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Bereichen, gegen Diskriminierung, Unterdrückung und Bevormundung. Viel



**Edith Albert
DKP-Fraktion**

ist in dieser Zeit erreicht worden, aber die volle Gleichberechtigung ist immer noch nicht verwirklicht. Noch werden Frauen oft schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen, viele müssen sich mit Niedriglohn, Zeit- oder Leiharbeit rum-schlagen, es gibt wenig Aufstiegschancen. Die Benachteiligungen der Frauen sind vielfältig. Umso wichtiger ist es, dass sich immer mehr Frauen für die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen engagieren. So auch am diesjährigen 8. März.

beauftragten werden auch künftig nicht weniger werden. Im Gegenteil. Bis echte Gleichberechtigung auf allen Ebenen und in allen wichtigen Bereichen durchgesetzt ist, wird es noch lange dauern. Dabei können Frauenbeauftragte wichtige Hilfen sein.



Nach einem früh einsetzenden harten Winter mit viel Schnee hoffen jetzt die meisten Menschen unserer Stadt auf den nahenden Frühling.

Wachwechsel beim Löschbezirk Herchenbach



Bei Eis und Schnee wurde am 28. Dezember der „Wachwechsel“ im Feuerwehr-Löschbezirk Herchenbach vollzogen. Löschbezirksführer Gert Müller (1. von rechts) ist feierlich verabschiedet worden, zugleich wurden Uwe Müller als neuer Löschbezirksführer und Hartmut Gras als sein Stellvertreter in die Amtsgeschäfte eingeführt.

Erich Keller hat sich um die Volksbildung verdient gemacht:

Abschied nach zweiundzwanzig Jahren

Die Volkshochschule Püttlingen hat sich in mehr als zwei Jahrzehnten zu einer über die Grenzen der Stadt hinaus beachteten Institution entwickelt. Viele hundert Teilnehmer besuchen im



Laufe des Jahres die VHS Püttlingen. Mit ca. 90 betreuenden Dozenten und über 300 Veranstaltungen jährlich

kann sich diese örtliche Einrichtung der Volksbildung ganz gut sehen lassen.

Der kontinuierliche Aufstieg der VHS in unserer Stadt ist eng mit der Tätigkeit von Erich Keller verbunden. Dessen unentwegter Einsatz und die Umsetzung vieler seiner guten Ideen und Initiativen haben den Erfolg dieser bedeutsamen Bildungseinrichtung erst möglich gemacht.

Im April 1988 wurde Erich Keller vom Stadtrat zum Leiter der örtlichen Volkshochschule berufen. Kurze Zeit danach

nahm er die Arbeit auf. Nach nun 22 Jahren seiner Tätigkeit hat Keller im Kulturausschuss mitgeteilt, dass er das Amt niederlegen wird. Aber er übergibt seinem Nachfolger / seiner Nachfolgerin eine gut bestellte Einrichtung: Das Programm für das 1. Semester 2011 ist gut vorbereitet und hat längst mit der Realisierung begonnen.

Keller hat während seiner Amtszeit mehr als 5000 Veranstaltungen organisiert, davon fast 3000 Kurse. Von einst 25 Veranstaltungen pro Semester ist ihre Anzahl auf 150 bis 160 gestiegen, eine enorme Leistung! An Problemen hat es dabei nie gemangelt. Vor allem die Tatsache, dass er über größere Zeitabstände hinweg keine Bürokratie zur Verfügung hatte, machte ihm schwer zu schaffen: Improvisieren, selber machen oder sich Hilfe im Rathaus organisieren, war dann gefragt.

Die DKP-Fraktion hat bei vielen Gelegenheiten - sei es im Rat oder in dieser Zeitung - die Arbeit von Erich Keller gewürdigt und ihm stets aktive Unterstützung zugesagt. Jetzt bleibt nur noch ein letztes Dankeschön und hohe Anerkennung für das Geleistete.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Keine weitere Ausdehnung der Innenstadt in den Außenbereich. Darauf haben sich die Ratsparteien vor einiger Zeit geeinigt. Dafür gibt es nicht nur ökologische Gründe (keine weitere Versiegelung von Bodenflächen!), auch die sinkende Bevölkerungszahl legt eine solche Entscheidung nahe. Von daher ist es verständlich, dass der Stadtrat mit den Stimmen der DKP entschieden hat, keine Neubebauung von der Heiselsmühle aus zu genehmigen. Außerdem wäre es unverantwortlich, den Überschwemmungsbereich des Köllerbachs zuzubauen.

*

Die Windkraftnutzung soll durch die Änderung des Landesentwicklungsplanes „Umwelt“ erleichtert werden, so sieht es ein Entwurf der Landesregierung vor. In der Dezember-Sitzung des Stadtrates hat die DKP zugestimmt; sie regte allerdings an, dass im Rahmen des Regionalverbandes eine Abstimmung erfolgt, damit eine „Verspargelung“ der Landschaft verhindert wird.

*

Einer Änderung der Satzung zur Erhebung von Abwassergebühren ist von DKP, SPD und Linken abgelehnt worden, weil damit eine Erhöhung der Belastungen für die Bürger ab Januar 2011 verbunden ist. Bei dieser Gelegenheit muss erwähnt werden, dass der EVS seine Abwassergebühren auch in den nächsten Jahren anheben will.

*

Ehrungen im Bereich Kultur wurden am 8. Februar bei einem Empfang im Püttlinger Rathaus vorgenommen. Der neue Rahmen für die Ehrung verdienter Mitbürger war notwendig geworden, nachdem der traditionelle Neujahrsempfang, wo dies bisher gemacht wurde, nicht mehr stattfindet.

Es ist Zeit für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer:

Reiche müssen endlich zur Kasse

Die Arbeitskammer des Saarlandes spricht sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer aus. Auch die Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Dr. Gretchen Binus (Berlin) ist dafür. Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Frank Deppe (Marburg) sowie Frank Bsirske (Berlin), Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, verlangen ebenfalls die Wiedereinführung dieser Steuer. Selbst der saarländische Unternehmer Hartmut Ostermann (FDP) kann sich „vorstellen, die Vermögenssteuer so wieder einzuführen, dass sie nicht vom Bundesverfassungsgericht wieder gekippt wird. Damit bekäme das Land mehr Geld, das wiederum den Kommunen zugute käme“ (Forum v. 7.1.11). Inzwischen gibt es rund 7000 Personen, die einen Aufruf „Vermögenssteuer jetzt“ unterschrieben haben. Darin wird gefordert, schnellstmöglich wieder eine Steuer auf große Vermögen in Deutschland einzuführen.

Es geht um folgendes: Eine Steuer von einem Prozent auf das Nettovermögen (nach Abzug von Schulden) oberhalb eines Freibetrags von 500.000 Euro für einen Familienhaushalt würde etwa 20 Milliarden Euro im Jahr einbringen. Das ist eine Menge Geld, auf das zur Zeit noch verzichtet wird.

Bekanntlich hängt die wirtschaftliche und damit steuerliche Leistungsfähigkeit nicht nur vom Einkommen ab, sondern auch vom Vermögen, über das die Steuerpflichtigen verfügen. Die Einnahmen aus den vermögensbezogenen Steuern (dazu zählen insbesondere Grund-, Vermögens-, Erbschaftssteuern) betragen in Deutschland gerade einmal 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das ist weniger als die Hälfte des Durchschnitts der entwickelten Länder.

Die Vermögenssteuer, die in Deutschland seit 1997 nicht mehr erhoben wird, soll deshalb auf reformierter Grundlage wieder eingeführt werden. Dabei werden realistische und aktuelle Immo-

bilienwerte zu Grunde gelegt. Zugleich werden ausreichend hohe Freibeträge vorgesehen, so dass die überwiegende Mehrzahl der Steuerpflichtigen, die über selbstgenutztes Wohneigentum und weitere Ersparnisse (etwa zur Altersvorsorge) verfügt, nicht davon betroffen ist.

20 Milliarden im Blickpunkt

Bei einem Freibetrag von 500.000 Euro je Haushalt und einem Steuersatz von einem Prozent auf das den Freibetrag übersteigende Vermögen wird nach Schätzungen des DIW aus dem Jahre 2002 ein Aufkommen von jährlich 15 Milliarden Euro erzielt. Aufgrund der neueren Entwicklung wird heute ein Aufkommen von 20 Milliarden Euro für möglich gehalten.

Nun gibt es außer den Vermögensbesitzern auch genügend politische Kräfte, welche die Sinnhaftigkeit dieser Steuer anzweifeln und von zu hohem bürokratischem Aufwand reden. Beide Gesichtspunkte sind ohne Berechtigung.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte



Wochenzeitung der DKP
(Auch probeweise zu bestellen)

1995 die damals erhobene Vermögenssteuer für verfassungswidrig, weil Grund- und Immobilienvermögen gegenüber anderen Vermögensarten ungerechtfertigt günstiger behandelt wurde. Die Bundesregierung ließ die Vermögenssteuer daraufhin 1996 auslaufen, anstatt eine verfassungsgemäße Reform in die Wege zu leiten.

Minderheit davon betroffen

Durch die an Verkehrswerten orientierte Neubewertung von Immobilien würde den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts Genüge getan. Der Wiedereinführung einer reformierten Vermögenssteuer steht verfassungsrechtlich nichts im Wege. Nur knapp drei Millionen Steuerpflichtige wären betroffen, bei knapp 40 Mio. Haushalten und über 80 Mio. Menschen.

Ein vertretbarer Aufwand

Die Kosten für die Erhebung der Vermögenssteuer liegen nach Schätzungen von Landesregierungen (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg) bei fünf Prozent. Im Vergleich zu den Kosten von zwei Prozent bei der Einkommensteuer und angesichts des hohen Aufkommens ist das vertretbar.

Nicht zu vergessen, dass Wirtschaftskrise und die Rettungs- und Konjunkturpakete die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf neue Rekordhöhen getrieben haben. Da ist es mehr als angemessen, dass die Reichen, deren Vermögen durch die Rettungspakete vor viel größeren Verlusten bewahrt wurden, in besonderer Weise zur Finanzierung der Krisenfolgen herangezogen werden.



Eine Forderung, die jetzt endlich realisiert werden muss!